

«Es ist eine grosse Dynamik entstanden»

Die **Neue Regionalpolitik** geht in die dritte Phase: Dem Kanton Freiburg sollen für den Zeitraum von 2016 bis 2019 knapp 26 Millionen Franken für die Förderung von Wirtschaft und Tourismus zur Verfügung stehen. «Wir müssen das Geld effizient einsetzen», sagt Staatsrat Beat Vonlanthen.

MIREILLE ROTZETTER

Die Blue Factory in Freiburg, die Silver-Ranch in Schmitthen und die Kilbi im Freiburgerland haben auf den ersten Blick nichts gemeinsam. Doch der Eindruck trügt: Der Innovationspark, der Reitstall und das Volksfest haben direkt oder indirekt von Geldern der Neuen Regionalpolitik profitiert. In der Blue Factory entstehen verschiedenste Firmen und sogenannte Cluster, die finanzielle Starthilfen bekommen haben. Die Leiterin des Reitstalls hat sich für ihr Unternehmen Tipps beim Verein Fri Up geholt, der unter anderem durch Gelder aus der Neuen Regionalpolitik finanziert wird. Und auch die Kilbi im Freiburgerland profitierte von solchen Beiträgen.

Weniger Geld als früher

Der Bund rief die Neue Regionalpolitik 2008 ins Leben, um die Wirtschaft und den Tourismus in ländlichen Gebieten zu fördern. Nun steht das dritte Umsetzungsprogramm an: Für die Phase 2016 bis 2019 sollen Freiburg knapp 26 Millionen Franken zur Verfügung stehen. 15 Millionen Franken soll der Kanton sprechen, der Beitrag des Bundes beläuft sich auf 11 Millionen. Über den kantonalen Teil befindet der Grosse Rat vorwiegend im März, der Staatsrat hat die entsprechenden Botschaft gestern publiziert.

Im Vergleich zum zweiten Programm von 2012 bis 2015 sind die Gelder geschrumpft; während dieser Periode beliefen sie sich auf 30 Millionen Franken. «Grund für die kleineren Beiträge sind Sparmassnahmen beim Bund», sagt Volkswirtschaftsdirektor Beat Vonlanthen (CVP) den FN. Und auch die kantonalen Sparmassnahmen hätten eine Rolle gespielt. «Wir haben mit der Finanzverwaltung eine vernünftige Lösung gesucht.» Nun gelte es, die vorhandenen Gelder effizient einzusetzen.

Drei Schwerpunkte

Die Wirtschaftsförderung hat dafür drei Bereiche festge-



Die Blaue Halle der Blue Factory ist mittlerweile fertiggestellt und beherbergt innovative Firmen.

Bild Aldo Ellena/3a

legt, in welchen sie die Gelder fokussiert einsetzen will. Der erste Bereich nennt sich «Geschäftsinnovation» und soll Projekte fördern, bei denen Unternehmen und Hochschulen zusammenarbeiten. Jean-Luc Mossier, Direktor der Wirtschaftsförderung, führt dafür ein früheres erfolgreiches Beispiel an: Verschiedene tätige Firmen suchten mit der Hochschule für Technik eine neue Methode für die Herstellung von Magnetrotoren. In der Folge konnte eine Freiburger Firma eine neue Produktionslinie starten für Teile, die bisher in Asien hergestellt wurden. «Solche Projekte wollen wir verstärken, insbesondere in Zusammenarbeit mit der Blue Factory», sagt Beat Vonlanthen.

Der zweite Schwerpunkt nennt sich «territoriale Inno-

vation». Damit sollen strategische Zonen bestimmt und erschlossen werden. So könnten etwa Gelder in den Sektor Bernigny-West fliessen (die FN berichten). «Insgesamt werden wir für diesen Teil weniger Geld einsetzen als bisher», sagt Vonlanthen. Es gelte schwerer, bereits definierte und erschlossene Zonen – wie etwa die Arbeitszone Birch – zu nutzen und dort die Ansiedlung von Firmen zu ermöglichen. «Da sind auch die Gemeinden gefragt», so Vonlanthen. Gerade in Düringen könnte dabei ein möglicher Entscheid des Bundesrates zu Steuererleichterungen helfen (siehe Kasten).

Drittens legt die Wirtschaftsförderung den Fokus auf «touristische Innovation». Als Beispiel hierfür nennt Vonlanthen etwa das Lichtfestival von Murten.

Hinzu kommen interkantonale Projekte, welche unter anderem die ganze Westschweiz betreffen, so beispielsweise die Plattform Platinn, die kleine und mittlere Unternehmen berät.

Wirksamkeit kontrollieren

In diesem dritten Programm der Neuen Regionalpolitik will die Wirtschaftsförderung verstärkt überprüfen, wie wirksam die eingesetzten Gelder sind – und beispielsweise kontrollieren, ob sie Arbeitsplätze schaffen. «Bei einem Anlass wie der Kilbi im Freiburgerland ist es einfach, die Wirksamkeit zu messen», sagt Jean-Luc Mossier. Die Anzahl Übernachtungen und Restaurantbesuche liessen sich leicht überprüfen. Bei anderen Projekten, wie etwa dem Cluster «Food and Nutrition», sei die Wirksamkeit viel schwieriger

zu kontrollieren. «Dennoch ist es wichtig, auch solche langfristigen Projekte zu fördern», sagt Mossier.

Beat Vonlanthen jedenfalls ist überzeugt, dass Freiburg von der Neuen Regionalpolitik profitiert. «Es ist eine grosse Dynamik entstanden.» Die Regionen und Bezirke würden nun auch stärker zusammenarbeiten. Der Volkswirtschaftsdirektor hofft, dass die Neue Regionalpolitik auch im dritten Programm Erfolge bringt. «Damit können wir Unternehmen in dieser schwierigen Wirtschaftslage unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit der Freiburger Wirtschaft stärken.» Neben der Innovation solle auch die Nachhaltigkeit weiterhin eine Rolle spielen. «Und mir ist wichtig, dass nicht nur Projekte im Kantonszentrum, sondern auch in den Regionen realisiert werden.»

Lex Bonny: Freiburg hofft auf Steuererlasse

Gewisse Kantone haben die Möglichkeit, neu angesiedelte Firmen von der Bundessteuer zu befreien. Freiburg gehörte seit 2010 nicht mehr zu diesen Kantonen, nun hat Volkswirtschaftsdirektor Beat Vonlanthen (CVP) aber Hoffnung, dass solche Steuererleichterungen in Düringen und Villaz-St-Pierre wieder möglich sein werden. Der Bund berate derzeit darüber. Gerade für die Entwicklung der Arbeitszone in Birch wäre das von grosser Bedeutung. «Für Unternehmen sind diese Steuererleichterungen oft ein entscheidender Faktor», sagt Vonlanthen. So hätten sich deswegen in der Vergangenheit verschiedene Firmen für einen Standort in Bern – wo die Steuererleichterungen möglich sind – entschieden, anstatt einen Sitz in Freiburg zu wählen.

Beschluss von 1978

Die Steuererleichterungen gehen auf den sogenannten Bonny-Beschluss zurück: Dieser galt ab 1978 und hatte zum Ziel, durch Steuererleichterungen in Krisen- und Randregionen Arbeitsplätze zu schaffen. Die Lex Bonny wurde Ende 2007 aufgehoben, das Instrument der Steuererleichterungen in die Neue Regionalpolitik des Bundes aufgenommen und die Kriterien für deren Gewährung etwas restriktiver ausgestaltet. «Ich fand die Kriterien immer einseitig gewählt», sagt Vonlanthen. Sie hätten in erster Linie die Arbeitslosigkeit und das Bevölkerungswachstum berücksichtigt. Freiburg habe die tiefste Arbeitslosenquote in der Westschweiz und die Bevölkerung wachse stark, deshalb sei der Kanton nicht berücksichtigt worden. «Mit der Neuorientierung des Bonny-Beschlusses sollte es nun aber gehen», hofft Beat Vonlanthen. *mir*

Poststelle ist nur noch zwei Wochen offen

WÜNNEWIL Am Freitag, den 19. Februar, ist die Poststelle in Wünnewil ein letztes Mal geöffnet. Wie die Post mitteilt, wird sie ab Montag, den 22. Februar, als Postagentur im Volg-Laden an der Dorfstrasse in Wünnewil integriert. Dort können weiterhin Briefe und Pakete aufgegeben werden und es sind unter anderem auch bargeldlose Einzahlungen möglich. Der Briefenwurf befindet sich neu auch bei der Agentur statt wie bisher bei der Poststelle.

Die Post hatte bereits im Juni 2015 angekündigt, dass die Poststelle in Wünnewil geschlossen wird, weil immer weniger Briefe, Pakete und Einzahlungen über den klassischen Postschalter gemacht würden (die FN berichteten). Die Poststelle in Flamatt bleibt offen wie bisher. *ak*

«Was es braucht, ist Effizienz»

Zukunftsansichten für öffentliche Spitäler: Darüber debattierten gestern Nachmittag Experten und zwei Staatsräte an einer Podiumsdiskussion, die der Dachverband der Staatsangestellten des Kantons Freiburg organisiert hatte.

MARCO KOLLER

FREIBURG Wer für das Freiburger Spital HFR arbeitet, arbeitet für eine öffentlich-rechtliche Anstalt, also für den Staat – der Arbeitsvertrag folgt den Bestimmungen des Staatspersonalgesetzes. Das bringt Vorzüge mit sich, insbesondere einen vergleichsweise guten Lohn. Dass es bei den Betroffenen auf Unmut stösst, wenn sie diese Privilegien verlieren, zeigte sich im letzten Jahr gleich zweimal: bei der Privatisierung der Wäscherei in Marsens und bei der Schliessung der HFR-eigenen Kinderkrippe. Weiterhin im Raum steht zudem ein Ansinnen des HFR-Verwaltungsrats, wegen des hohen Kostendrucks – die Löhne der Angestellten machen einen grossen Teil des Spital-

budgets aus – das ganze Pflegepersonal aus dem Staatspersonalgesetz auszuklammern.

Von «schwarzen Wolken» sprach deshalb auch Bernard Fragnière, der Präsident von Fede, dem Dachverband der Staatsangestellten des Kantons Freiburg. Dieser lud gestern zu einer Podiumsdiskussion in Freiburg, an der über die Zukunft der öffentlichen Spitäler diskutiert wurde.

Problem der «Benchmarks»

Die Rahmenbedingungen für die Spitäler würden von der Gesetzgebung des Bundes bestimmt. Das System der Fallpauschalen setze die verschiedenen Spitäler gegeneinander unter Konkurrenz, sagte Staatsrätin Anne-Claude Demierre (SP). Nur: «Es werden Äpfel mit Birnen verglichen.»

So stünden öffentliche Spitäler auch in Konkurrenz zu Privatspitälern, obwohl letztere einen ganz anderen Leistungskatalog hätten; sie müssten zum Beispiel keinen Notfalldienst anbieten. «Man hat uns Privatisierungsbemühungen aufgezwungen», sagte auch Pierre Aeby, Vizepräsident des HFR-Verwaltungsrats. Das Problem sei, dass bei sogenannten «Benchmarks», wirtschaftlichen Leistungsvergleichen, oft der gleiche Massstab für Zentrums- und kleine Spitäler angewendet werde, so Pierre Theraulaz, ehemaliger Präsident des Schweizerischen Verbands der Pflegefachkräfte.

«Quadrat des Kreises»

Angesprochen auf Lösungsansätze sagte Yves Seydoux: «Das Ziel muss sein, mit mög-

lich wenig möglichst viel herauszuholen.» Der Mediensprecher der Gruppe Mutuel vertrat die Sicht der Krankenkassen. Dies sei eine «Quadrat des Kreises», entgegnete Pierre Aeby. Finanzdirektor Georges Godel (CVP) war aber überzeugt, dass diese Herausforderung zu bewältigen sei: «Was es braucht, ist Effizienz.» Oft würden Leistungen unter ihrem Preis verkauft – es müsse mehr Transparenz hergestellt werden.

Die Frage, ob das Pflegepersonal weiterhin dem Staatspersonalgesetz unterstellt sein soll oder nicht, war nur ein Thema am Rande. «Ganz klar nein», sagte Godel auf die Frage, ob eine Auslagerung für ihn zur Debatte stehe. Mit einem deutlichen Nein antworteten mehrere Podiumsteilnehmer

ausserdem auf die Frage, ob die Spitalangestellten zu viel verdienten. Yves Seydoux von der Gruppe Mutuel meinte, es wäre eine Dummdheit, dies zu behaupten. «Das sind verdiente Löhne», so auch Staatsrätin Anne-Claude Demierre. «Die Pflege ist ein Berufsumfeld, in dem vor allem Frauen arbeiten.» Es störe sie, dass gerade hier immer wieder von Lohnkürzungen die Rede sei.

«Wachsam bleiben»

Er sei zwar nicht wirklich beruhigt, aber dennoch zufrieden nach der heutigen Diskussion, so Fede-Präsident Bernard Fragnière am Ende der Debatte. «Wir müssen aber wachsam sein.» Und: Im Zentrum müsse auch weiterhin stehen, Pflegeleistungen auf höchstem Niveau anzubieten.